

## GGG Landesverbände



**Bayern**  
Christine Lindner



**Hamburg**  
Bianca Thies



**Nordrhein-Westfalen**  
Andreas Tempel



**Niedersachsen**  
Andreas Meisner



**Saarland**  
Günther Clemens



**Schleswig-Holstein**  
Johann  
Knigge-Blietschau

**Christine Lindner bringt Bayern auf Trab.**

**Seite 39**

**GGG-HH: Übergabe an die nächste Generation, Kontinuität bei der Problembearbeitung**

**Seite 39**

**Erkenntnis aus NRW: Das Startchancen-Programm hat das Zeug zu einem Scheinriesen.**

**Seite 40**

**Eigenheiten aus Niedersachsen: Wieso ist die KGS ersetzende Schulform, die IGS aber nicht.**

**Seite 41**

**GGG-SL: Neuer Landesvorstand und etliche Aktivitäten**

**Seite 41**

**Licht und Schatten in Schleswig-Holsteins Schulen – und die GGG-SH versucht das Licht zu verstärken.**

**Seite 42**

## Bayern

### Christine Lindner

Der Widerstand gegen Reformen im bayerischen Schulsystem, insbesondere im Hinblick auf die Ablehnung einer innovativen Modellschule in München sowie die Reaktionen auf die Petition „Schluss mit Abfragen und Exen!“, wirft viele Fragen zur Zukunft der Bildung im Freistaat auf. Ein wichtiges Forum für die weitere Auseinandersetzung mit diesen Themen wird die Fachtagung **„Gemeinsam in Vielfalt lernen“** im Februar 2025 in Dachau bieten.



### Modellschule

Die geplante Modellschule (1) in München, die allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund ein gemeinsames Lernen ohne Noten und Sitzbleiben ermöglichen sollte, wurde vom bayerischen Kultusministerium abgelehnt. Ein wesentlicher Ablehnungsgrund, so heißt es in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung (2), sei die weitreichende Autonomie der Schule gewesen, wie das im Konzept vorgesehene Rah-

menmodell es vorsah. Außerdem seien Notenfreiheit und Durchmischung des dreigliedrigen Systems mit dem bayrischen Unterrichtsgesetz nicht vereinbar. Dabei hätte diese Schule zeigen können, wie Bildung neu gedacht werden kann – mit einem ganzheitlichen Ansatz, der in anderen Bundesländern sowie international bereits erfolgreich erprobt wurde.

Die Entscheidung des Ministeriums enttäuscht viele, die eine gerechtere und inklusive Schulpolitik in Bayern anstreben. Die Frage bleibt: Warum wird in Bayern weiterhin auf veraltete Strukturen gesetzt, anstatt mutige Schritte in Richtung einer zukunftsorientierten Bildung zu gehen?

### Petition

Ein weiteres aktuelles Thema ist die Petition „Schluss mit Abfragen und Exen!“, die von der Schülerin Amelie initiiert wurde und mittlerweile fast 25.000 Unterstützende zählt. Die Forderung nach der Abschaffung unangekündigter Leistungsnachweise, die bei vielen Schüler\*innen Stress und Angst auslösen, hat breite gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Doch Ministerpräsident Markus Söder wies diese Petition lapidar ab, noch bevor die Petition selbst im Landtag diskutiert wurde – ein Schritt, der von vielen Organisationen und Bündnissen, darunter das Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern, „Bildungswende JETZT!“ Bayern und das Forum Bildungspolitik, scharf kritisiert wurde.

In offenen Briefen und einer Pressemitteilung (3) fordern diese Organisationen eine of-

fene Debatte über notwendige Reformen im Bildungssystem. „Söders Eingriff untergräbt demokratische Prozesse,“ heißt es im Schreiben der „Bildungswende JETZT!“ Bayern (4), und das Forum Bildungspolitik (5) schloss sich an und rief den Ministerpräsidenten dazu auf, den Weg frei zu machen für dringend benötigte Reformen.

### Fachtagung

Trotz der Rückschläge werden wir unseren Einsatz für eine gerechtere Bildung nicht aufgeben. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg wird die Fachtagung (6) „Gemeinsam in Vielfalt lernen“ sein, die am 15. Februar 2025 in Dachau bei München stattfindet. Im Rahmen dieser Tagung findet unter anderem eine ausführliche Podiumsdiskussion zu fachlich-pädagogischen Aspekten sowie ein Podium zu den politischen Aspekten des Themas Gemeinschaftsschule statt. Anmeldung über die Website schon jetzt möglich.

### Quellen.....

- (1) <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/7394679>
- (2) <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-schule-kultusministerium-schulversuch-abgelehnt-lux.AEwpyFEPgbhQ5pvLq8GkRr>
- (3) <https://buendnis-gemeinschaftsschule-bayern.de/presse/pressemitteilung/pressemitteilung-vom-20-09-2024/>
- (4) <https://www.bildungswende-jetzt.de/wp-content/uploads/2024/10/OffenerBrief-BW-Bayern-Okt-MP-Dr-Markus-Soeder.pdf>
- (5) <https://www.news4teachers.de/2024/09/40-verbaende-soeder-untergraebt-diskurs-zur-verbesserung-des-bildungssystems/>
- (6) <https://buendnis-gemeinschaftsschule-bayern.de/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen/fachtagung-gemeinsam-in-vielfalt-lernen/>

## Hamburg

### Bianca Thies

Die letzten Monate standen intern im Zeichen des Generationenwechsels im Vorstand der GGG, den der alte Vorstand (Anna Ammonn, Barbara Riekman, Helga Wendland und Uwe Timmermann) mit langem Atem vorbereitet hatte. Diese Vier haben innerhalb der letzten Monate Marne Benedetti, Michael Kraft, Katja Schlünzen und mich, Bianca Thies, dafür gewonnen, gemeinsam mit Uwe Timmermann für den Vorstand zu kandidieren. Besonders ist, dass wir „Neulinge“ noch im aktiven Dienst stehen.

Auf der Mitgliederversammlung am 24. September wurde das neue Team von den Anwesenden gewählt, und Uwe Timmermann hat in bewegenden Worten den Dank an das alte Team zum Ausdruck gebracht, das die Arbeit der GGG über lange Jahre in verschiedenen Bereichen geprägt hat und teilweise auf Bundesebene noch weiter prägen wird.

Aber nicht nur intern, sondern auch bildungspolitisch haben verschiedene Prozesse die GGG beschäftigt:

Vor den Sommerferien hat ein erster persönlicher Austausch mit der neuen Bildungssenatorin, Frau Bekeris, stattgefunden.

Ferner arbeitet die GGG Hamburg im Bildungsbündnis "Mehr Zukunft in der Schule" mit einer breiten Gruppe von Bildungsvertreter\*innen der Stadt zusammen an einem Grundsatzpapier zu Anforderungen, die wir an

eine zukunftsfähige Schulpolitik stellen. Eine Verständigung, die wichtig ist, da wir der Bürgerschaftswahl im März 2025 entgegen sehen.

Auch die Initiative G9 (Wiedereinführung des Abiturs nach 9 Jahren an Gymnasien) hat die GGG in der Pressearbeit beschäftigt. Im September hatte die Initiative Unterschriften für einen Bürgerentscheid zur Rückkehr zum Abitur in neun Jahren am Gymnasium gesammelt, aber nicht die erforderlichen 60.000 Stimmen erreicht. Der Öffentlichkeit immer wieder deutlich zu machen, dass es an den Stadtteilschulen einen attraktiven und vor allem inklusiven neunjährigen Weg zum Abitur in Hamburg gibt, bleibt eine Aufgabe, die wir sicher auch in Zukunft weiter aktiv werden vertreten müssen.

## Nordrhein-Westfalen

**Das große Glück ist manchmal ganz klein – ...und dann vielleicht bestenfalls auch nur ein kleines Glück,** meint

### Andreas Tempel.

Kennen Sie die Geschichte von Herrn Tur Tur, dem Scheinriesen, aus Michael Endes Buch „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“? Ist er weit weg, wirkt er riesengroß, je näher man ihm kommt, desto mehr schrumpft seine Person und steht man schließlich vor ihm, hat er eine normale Größe, wirkt er eher klein. Genauso verhält es sich mit dem Startchancen-Programm. In Berlin am Start wirkt es riesig, in Düsseldorf angekommen, wesentlich zierlicher und

am Ziel, der Einzelschule, regelrecht klein.

Die für dieses Programm Verantwortlichen sind allerdings geradezu euphorisch. Bildungsgerechtigkeit werde nun umgesetzt – ein interessantes Eingeständnis, denn offenbar war es bis dahin nicht weit her damit. Fehlende Bildungsgerechtigkeit in einem maroden System haben wir mit unserem Verband allerdings ständig thematisiert. Wird jetzt endlich der außerordentliche Mangel an Lehrkräften angegangen?

Zum Schuljahresbeginn im August sind die ersten 400 der insgesamt 920 Startchancen-Schulen in NRW in das Programm gestartet. Die übrigen 520 Schulen sollen dann im Sommer 2025 folgen. Der Bund stellt dem Land im Rahmen des Programms in den kommenden zehn Jahren rund 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Land muss seinerseits Mittel bis zu demselben Umfang investieren; die Summe ist allerdings keinesfalls gesichert. 60 Prozent des Geldes kommen Schülerinnen und Schülern im Primarbereich zugute, 40 Prozent Schülerinnen und Schülern in weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Es dürfen erhebliche Zweifel angemeldet werden, ob diese Programme wirklich geeignet sind, die gewünschte Bildungsgerechtigkeit herzustellen – ohne weitere Maßnahmen auf jeden Fall nicht! Es bestehen sehr berechtigte Anfragen zur Nachhaltigkeit des Ganzen, einerseits während der zehn Jahre und andererseits für die Zeit nach 2034. Und ein weiteres bürokratisches Monstrum ist in diesem

Zusammenhang zu befürchten, minimale Bürokratie eine Voraussetzung für das Gelingen. Eine Stellungnahme der Wübben-Stiftung entdeckt übrigens ebenfalls zahlreiche Knackpunkte, wenn es auch wissenschaftlich zurückhaltender formuliert wird: keine Abkehr vom Königsteiner Schlüssel für die beiden Säulen 2 und 3; intransparente Verteilung der Mittel auf die drei Säulen, zu flexible Anrechnungsmöglichkeiten der Länder bezogen auf ihren Eigenanteil, höchst ungerechte Verteilung der Bildungschancen wird nicht behoben (nachzulesen unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-1661.pdf>.)

Das Aufsetzen des Startchancen-Programmes ist aller Ehren wert, aber es wirkt wie der Scheinriese Herr Tur Tur – ein eben kleiner Riese mit ausgeprägtem Normalmaß. Oder um es drastischer auszudrücken: Es wirkt wie ein Pflaster auf einer Wunde, die erst noch chirurgisch versorgt und genäht werden müsste.

## Niedersachsen

### Schritte auf dem Weg zu mehr gemeinsamem Lernen in Niedersachsen

#### Andreas Meisner

In Niedersachsen gibt es einerseits das gegliederte System mit Gymnasium, Real- und Hauptschule. Teilweise wurden Real- und Hauptschulen zu Oberschulen zusammengefasst. Alternativ dazu existieren die Gesamtschu-

len, überwiegend Integrierte Gesamtschulen (IGSen), bis auf einige Ausnahmen alle mit gymnasialer Oberstufe, und im Bestandsschutz sind einige Kooperative Gesamtschulen (KGSen). Letztere hatten in der ersten Gründungsphase besondere Akzeptanz im ländlichen Bereich und konnten voll ersetzende Schulform sein. IGSen sind nach Schulgesetz nicht voll ersetzend; es muss immer ein Gymnasium in erreichbarer Nähe sein. Es gibt über 130 Gesamtschulen in Niedersachsen. Die Förderschulen Lernentwicklung laufen gerade in Niedersachsen aus.

Unter der zurzeit rot-grünen Landesregierung sollen die Oberschulen mittelfristig in IGSen übergehen.

Auf dem Weg zu mehr Schulen mit möglichst langem gemeinsamem Lernen arbeitet die GGG Niedersachsen an folgenden Schritten:

- Einführung der IGS als ersetzende Schulform,
- Abschulungsverbot an Gymnasien,
- Ablehnung des sogenannten Zwei-Säulen-Modells, da dies das Gymnasium nicht in Frage stellt und alle Herausforderungen wie Inklusion, Migration usw. auf die Gesamtschulen abgeschoben werden und dabei die Konzeption des gemeinsamen Lernens mit stabilen sozialen Gruppen gefährdet wird,
- Ablehnung von zu kleinen (dreizügigen) IGS-Systemen, da diese in der Regel keine gymnasiale Oberstufe erhalten und daher keine echte Alternative zum dreigliedrigen

System sein können. Daher fordert die GGG ein landesweites Schulmonitoring durch die Landesregierung.

- Auch wenn KGSen jahrgangsweise in Schulzweigen unterrichten, haben sie dennoch integrative Anteile und sind Gesamtschulen. Daher und weil sie ersetzende Schulform sein können, unterstützt die GGG Neugründungen von KGSen.
- Durch Fortbildungsmaßnahmen und durch Beratung unterstützt die GGG Oberschulen bei der Umwandlung in IGSen und KGSen auf dem Weg zu mehr integrativem Unterricht.

## Saarland

### Günther Clemens

Die diesjährige Mitgliederversammlung stand im Zeichen der Neuwahlen des Vorstands. Bestätigt in ihren Ämtern wurden Günther Clemens, Rolf Fickeis, Sigrid Weber und Elisabeth Hauptenthal. Neu in den Vorstand gewählt wurde Silke Weyand – herzlichen Glückwunsch. Den Vortrag zur Versammlung hielt Ulrich Steffens „Was ist das Wichtigste beim Lernen“ – Zentrale Erkenntnisse aus der Schul- und Unterrichtsforschung für die Schulgestaltung. Die gut gefüllte Aula der Gemeinschaftsschule Dudweiler bot hierfür einen geeigneten Rahmen.

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die GGG Saarland mit dem Thema „Schulabsentismus“. In der Sulzbacher „Aula“ fand eine Veranstaltung aller am Thema

beteiligten Gruppen statt, Positionen und Aufgaben wurden dargelegt und die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns festgestellt. Im Regionalverband Saarbrücken wurde eine neue Handlungsrichtlinie erarbeitet, die den Schulen Handlungs- und Rechtssicherheit bietet.

Im Saarland sind die Gymnasien zu G9 zurückgekehrt und haben hierfür eine neue Verordnung erhalten. Mit der Einführung des neuen verpflichtenden Fachs Informatik für alle Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen entstand auch hier die Notwendigkeit einer Neufassung der Verordnung. Sie ist nun in die Anhörung gegangen. Der erste Eindruck ist überwiegend positiv, die Schulen erhalten über Stundentafel und Projektarbeit zahlreiche Freiheiten zur Gestaltung. Es wird eine intensive Arbeit in Fachkonferenzen und Steuergruppen erforderlich sein. Leider wird den Schulen – wie auch schon zur Einführung der Schulform „Gemeinschaftsschule“ – keinerlei Systemzeit zur Verfügung gestellt. Dies kritisiert die GGG Saarland scharf.

In diesem Zusammenhang ist auch ein neuer „Erlass zur Leistungsbeurteilung“ in Kraft getreten. Neben einer numerischen Reduzierung von Leistungsnachweisen sollen „medien- und materialgestützte Arbeiten“ angefertigt werden. Hier soll insbesondere die KI einbezogen werden können. Für diesen durchaus spannenden und modernen Ansatz fehlen allerdings Vorlagen und Beispiele – hier sind die Kolleginnen und Kollegen auf sich gestellt – schade!

Über den auch 2024 wieder erfolgreich gemeinsam mit dem Landesverband Hessen durchgeführten Besuch in Beatenberg berichten wir auf der GGG-Website

► <https://ggg-web.de/sl-termine/424/2260#bericht>

## Schleswig-Holstein

### Johann Knigge-Blietschau

In Schleswig-Holstein gibt es Licht und Schatten. Zu den wichtigsten bildungspolitischen Entwicklungen zählt leider ein neuerlicher Sparkurs in der Bildung. Die Bildungspolitiker\*innen der schwarz-grünen Koalition werden zwar nicht müde zu betonen, in der Bildung sei „unterproportional“ gespart worden. Das regt aber nicht zum Applaus an. Die Ergebnisse der letzten Bildungssurveys haben katastrophale Ergebnisse für Schleswig-Holstein (SH) erbracht, insbesondere bei den „basalen Kompetenzen“ und der Demokratiebildung der leistungsschwächeren Schüler\*innen. Diese besuchen aufgrund des Zwei-Säulen-Modells in Schleswig-Holstein nahezu alle die Gemeinschaftsschulen. Allen Verantwortlichen ist klar, dass hier massive Investitionen notwendig wären. Die GGG wird sich an Protesten der GEW und anderer Akteure des Bildungsbereiches gegen die Kürzungen beteiligen.

Begrüßenswert ist die Erweiterung des Landesprogramms „Perspektivschulen“ durch das Startchancenprogramm. In SH sind 136 Schulen in die Förderung aufgenommen worden, vor allem Grundschulen und

Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe.

Die GGG-SH hat in den vergangenen Monaten folgende Arbeitsschwerpunkte gehabt:

1. Zukunftsgerechte Oberstufen: Ingrid Gembach-Röntgen, Beisitzerin im Landesvorstand, plant nach der erfolgreichen Veranstaltung im letzten Frühjahr mit 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Folgeveranstaltung zu offenen Lernkonzepten in der Oberstufe im März 2025.

2. Wir bemühen uns darum, die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe zu vernetzen: Nach zwei erfolgreichen Regionaltreffen im Norden Schleswig-Holsteins konnte die GGG ein Forderungspapier der Schulleitungen an die Ministerin weitergeben. Dazu zählt insbesondere die Aufhebung der Bindung der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe an die Schulämter der Kreise. Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe unterstehen der Schulaufsicht des Ministeriums, was für die Schulen deutlich größere Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit bedeutet. Die GGG fordert alle Gemeinschaftsschulen gleichzustellen. Zu dieser Frage gab es ein sehr konstruktives Treffen im Bildungsministerium.

3. Die GGG Schleswig-Holstein setzt sich für eine Ausbildung für den gesellschaftswissenschaftlichen Fächerverbund (Fach Gesellschaftswissenschaften in SH: „Weltkunde“) in allen Phasen der Lehrkräftebildung ein. Diese Idee wurde von Ministerin Prien bei einem Treffen ausdrücklich gutgeheißen.

► **E-Mail-Kontakte auf S. 44**